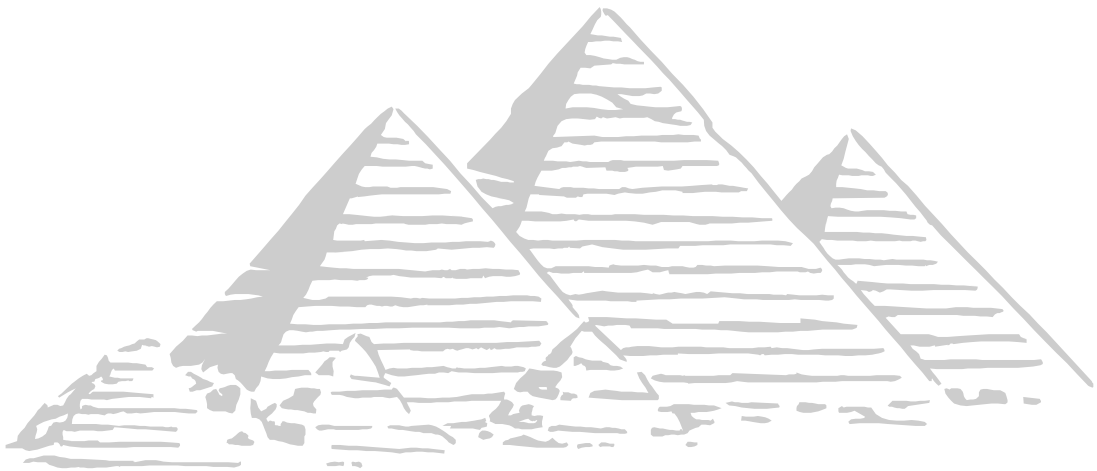


Konrad-Adenauer-Stiftung
Länderbüro Kairo

KAIRO - NEWS

August 2005



Ägyptische Präsidentschaftswahl tritt in die entscheidende Phase

Michael A. Lange

Ägypten setzt Wirtschaftsreformen fort

Michael A. Lange / Daniel Hahn

Misstände in Bildung und Forschung in Ägypten

Michael A. Lange / Daniel Hahn

Versuch einer Selbstkritik

- Tarek Heggy's kritischer Blick auf die eigenen Defizite -

Michael A. Lange / Dorothea Walter

Konrad-Adenauer-Stiftung
Länderbüro Kairo
35, Abu El Feda Street
Zamalek, Kairo

Tel. 0020-2-735 43 29
Fax: 0020-2-737 21 21
kaf@internetegypt.com
<http://www.kas.de>

Ägyptische Präsidentschaftswahl tritt in die entscheidende Phase

Mit der lang erwarteten Ankündigung des amtierenden ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak sich ein weiteres Mal zur Wiederwahl für das Amt des ägyptischen Präsidenten zu bewerben, ist die Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen in eine entscheidende Phase getreten. Die Ankündigung, welche der Präsident während einer sentimental Reden in seinem alten Gymnasium in seiner Heimatprovinz Menoufia, gemacht hatte, markierte den Beginn der Vorbereitungen für den am 7. September 2005 stattfindenden 1. Wahlgang der diesjährigen, erstmals als Wettbewerb zwischen mehreren Kandidaten angelegten ägyptischen Präsidentschaftswahlen. Nach den gerade neu verabschiedeten verfassungsrechtlichen Bestimmungen soll für den Fall, dass keiner der Kandidaten bei diesem ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen erreicht, am 17. September ein 2. Wahlgang (Stichwahl) zwischen den beiden Bewerbern stattfinden, die im 1. Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereint haben werden.

Die meisten politischen Beobachter rechnen jedoch damit, dass der amtierende Präsident schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen erreichen wird; zumal die für Wahlkampfzwecke verbleibende Zeit für seine erstmals zugelassenen Mitbewerber um das höchste Staatsamt denen als zu kurz gilt, um sich dem ägyptischen Wähler hinreichend als Alternative zum Amtsinhaber präsentieren zu können. Neben diesem formalen Argument spielt natürlich auch der Umstand eine entscheidende Rolle, dass sich große Teile der ägyptischen Bevölkerung gar keinen anderen Präsidenten vorstellen können; zumal der jetzige Amtsinhaber bereits seit über 24 Jahren das Amt inne hat und vielen, vor allem jungen Ägyptern inzwischen als „Präsident auf Lebenszeit“ erscheinen muss.

Kandidaten der Präsidentschaftswahl

Nichtsdestotrotz haben sich zahlreiche Vertreter ägyptischer Oppositionsparteien wie auch zahllose sog. „unabhängige Kandidaten“ schließlich trotzdem durchgerungen, ihre (Gegen-) Kandidatur für das höchste Staatsamt zu erklären. Letztere taten dies offensichtlich in Unkenntnis des Inhalts der gerade erst vom ägyptischen Parlament verabschiedeten und in einem fragwürdigen Referendum von der Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung sanktionierten Verfassungsänderung, nach der „unabhängige Kandidaten“ für das Präsidentenamt die (schriftliche) Unterstützung von mindestens 250 gewählten Abgeordneten ägyptischer Parlamente vorweisen müssen, um von der inzwischen eingerichteten „Presidential Election Commission – (PEC)“ als Präsidentschaftskandidaten akzeptiert zu werden.

Bei der positiven Entscheidung dieser Konkurrenten zur wahrscheinlich aussichtslosen Kandidatur mag eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle, der Umstand gespielt haben, dass die ägyptische Regierung jedem offiziellen Kandidaten LE 500.000 für seinen Wahlkampf in Aussicht gestellt hatte. Viele Beobachter werteten dieses Entgegenkommen als ein Zeichen für das starke Interesse der ägyptischen Exekutive, dass sich möglichst viele Bewerber an dieser ersten „demokratischen“ Direktwahl des ägyptischen Präsidenten beteiligen mögen. Es scheint dabei der ägyptischen Exekutive vor allem darauf anzukommen (dem Ausland) zu beweisen, dass der jetzige Amtsinhaber auch in solchen demokratische(re)n Wahlen sich als allen Herausforderern gewachsen zeigen würde.

Am 13. August wird die ägyptische Wahlkommission über die endgültige Kandidatenliste entschieden haben, sodass dann vom 17. August bis zum 3. September der offizielle Wahlkampf stattfinden kann. Dabei wird es für alle Bewerber darauf ankommen zu berücksichtigen, dass von den nach neuesten Statistiken insgesamt 32 Mio. registrierten ägyptischen Wählern ca. 40% als Analphabeten zu gelten haben und mehr als 90% dem islamischen Glauben anhängen. Außerdem gilt für alle Bewerber, außer dem Amtsinhaber,

dass es wohl einen Kandidaten gibt, der (von Amts wegen) gewisse Privilegien genießen wird bzw. der solche geltend machen wird, wie sich bereits bei der Zuordnung der Wahlsymbole gezeigt hat.

Kandidaten für politische Ämter haben in Ägypten wegen des gerade aufgeführten geringen Bildungsgrads vieler Wahlberechtigter ein besonderes Interesse an der Erlangung bestimmter Kandidatensymbole für den Wahlzettel, da man davon ausgehen darf, dass neben der Positionierung auf dem Wahlzettel (Rangfolge der Kandidaten!) auch das dem Kandidaten zugeordnete Symbol (zur Identifikation) erheblichen Einfluss auf den Umfang der Zustimmung durch die, des Lesens und Schreibens unkundigen Wähler haben könnte.

Bei der Vergabe dieser Symbole sollte eigentlich die Reihenfolge der Einreichung der Bewerbungsunterlagen bei der Wahlkommission über die freie Wahl der angebotenen Symbole entscheiden. Dies wohl wissend hatte sich ein Oppositionskandidat bereits Stunden vor Öffnung der Registratur mit seinen Unterlagen präsentiert und diese dann logischerweise auch als erster der Wahlkommission vorgelegt. Er konnte jedoch nicht verhindern, dass dem amtierenden Präsidenten das so heiß ersehnte Symbol des Halbmondes (Symbol des Islam) bereits zugewiesen worden war und er jetzt mit dem Symbol der Palme Vorlieb nehmen muss. Dies zeigt, dass eben doch nicht alle Kandidaten gleich behandelt werden und es steht zu befürchten, dass sich dies auch in der offiziellen Wahlkampfzeit (in den staatlichen Medien!) fortsetzen wird. So wird sich auch zeigen müssen, ob dem Amtsinhaber nicht schließlich auch (noch) der erste/oberste Platz auf dem Kandidaten-/Wahlzettel zugeordnet wird, trotz der Bestrebungen die Kandidaten auf dem Wahlzettel in alphabetischer Reihenfolge aufzuführen.

Sowohl Symbol als auch Rangplatz werden aber kaum die Vorteile des Amtsinhabers übertreffen, die dieser durch die Ausübung seiner Amtspflichten während des Wahlkampfes haben wird. Schon jetzt tourt der Amtsinhaber/Kandidat durch das Land und eröffnet immer wieder publikums- und medienwirksam neue Infrastrukturprojekte und zeigte sich wohl vor allem aus PR-Zwecken sogar interessiert noch vor dem offiziellen Wahltermin eine außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga nach Scharm el Scheich einzuberufen, um sich dort medienwirksam als Führer der Arabischen Welt ins Szene zu setzen. Kein Wunder, dass sich einige Arabische Staatsoberhäupter dafür zu schade sind und deshalb ihre mögliche Teilnahme an einer solchen Veranstaltung bisher offen gelassen haben .

Es ist momentan davon auszugehen, dass neben dem Amtsinhaber immerhin etwa zehn weitere Bewerber dem Ruf der ägyptischen Exekutive erfolgreich gefolgt sind und zur kommenden Präsidentschaftswahl zugelassen werden. Zwei der wichtigsten, bisher schon im ägyptischen Parlament vertretenen Parteien, die linke Tagammu Partei unter der Führung von Dr. Refaat El Saeed und die Nasseristische Partei geführt von Diyaa Eddin Dawoud, haben jedoch an ihrer frühere Entscheidung, weder am Referendum zur Verfassungsänderung noch an der daraus resultierenden Präsidentschaftswahl selbst teilzunehmen festgehalten und werden sich nicht an dieser Wahl beteiligen. Sie argumentierten, dass die der Verfassungsänderung zugrunde liegende Veränderung des Wahlmodus für das Präsidentenamt vor allem unabhängigen Kandidaten die Erfüllung unzumutbarer Vorbedingungen abverlangt und den Parteikandidaten keine ausreichende Zeit lässt, in einem nur ca. drei Wochen andauernden Wahlkampf und unter den Bedingungen des weiter existierenden Ausnahmezustandes in Ägypten, der eigentlich Parteiversammlungen in der Öffentlichkeit untersagt, sich dem ägyptischen Wahlvolk (erstmal) vorzustellen. Sie betonten in ihren entsprechenden Boykott-Erklärungen, sie wollten sich nicht zu Feigenblättern eines „schalen demokratischen Schauspiels“ machen, das allein zum Ziel hat, dem vorhersehbaren Gewinner der Wahl den Anschein vergrößerter politischer Legitimität zu verleihen.

Ohne die Teilnahme dieser beiden wichtigen ägyptischen Oppositionsvertreter stellt sich die Kandidatenliste wie folgt da:

Kandidaten der ägyptischen Präsidentschaftswahlen:

	Parteiename	Engl. Bezeichnung	Kandidat	
1	NDP	National Democratic Party	Hosni Mubarak	ok
2	Al-Wafd	Wafd Party	Noaman Gomaa	ok
3	Al-Ghad	Tomorrow Party	Ayman Nour	ok
4	Al-Umma	Umma Party	Ahmed Al-Sabahi	ok
5	Al-Ittihad Al-Democrati	Democratic Unionist Party	Ibrahim Turk	ok
6	Misr Al-Arabi Al-Ishtarki	Misr Arab Socialist Party	Wahid F. Al-Uksory	ok
7	Al-Takaful	Solidarity Party	Osama Shaltout	ok
8	Al Dousturi Al-Igtimai	Free Social Constitutional Party	Mamdouh Qenawy	ok
9	Misr 2000	Egypt 2000 Party	Fawzi Ghazal	ok
10	Misr Al Fatah		Hisham Jaber	ok
	Al-Shaab Al-Demoqrati	Democratic People's Party	Anwar Afifi, Ahmed Gebaili	no no
	Al Ahrar	Liberal Party	Talat Ahmed El-Sadat Helmi A. Salem	no no
	Al Salam Al Demoqrati	Peace Party	Ahmad Fadaly	no
		Labour Party	Hassan Rihan	no
	Al-Wifaq Al-Watani	National Accordance Party	Rifaat Al Agroudy	no

Als Hauptkonkurrenten des Amtsinhabers müssen unter den gegebenen Umständen die beiden Vertreter der als liberal geltenden Parteien: El Wafd und El Ghad, Noaman Gomaa und Ayman Nour angesehen werden. Beide entstammen der traditionsreichen liberalen politischen Bewegung Ägyptens, wobei sich Ayman Nour nach der Machtübernahme in der traditionellen Wafd Partei durch Noaman Gomaa im Jahre 2001 von dieser Partei im Streit getrennt hatte, um eine neue (seiner Meinung nach wirklich liberale) Partei, El Ghad zu gründen und ihr schließlich vorzustehen.

Ayman Nour hat sich durch sein bisheriges (eher respektloses) Verhalten und Auftreten gegenüber der ägyptischen Exekutive und den herrschenden politischen Organen als einziger Kandidat außerhalb des allgemein gültigen politischen Konsensus gestellt und deshalb die besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge der staatlichen Behörden auf sich gezogen.

Er wurde wegen (Urkunden-) Fälschung seiner Parteigründungsdokumente verhaftet, angeklagt und in Untersuchungshaft genommen, was allerdings die Regierung der Vereinigten Staaten auf den Plan rief und veranlasste die vorläufige Freilassung Ayman Nours zu fordern, solange keine Beweise eines schuldhaften Vergehens vorlägen, damit er seine Kandidatur als Präsidentschaftskandidat weiter verfolgen könne. Zu offensichtlich schien der U.S. Regierung hinter den Vorwürfen gegen Nour die alleinige Absicht der ägyptischen Behörden erkennbar, diesen immer populärer agierenden Mitbewerber um das höchste Staatsamt vom Wahlkampf bzw. von der gesamten Präsidentenwahl auszuschließen.

Wahlaussagen und –programme der wichtigsten Präsidentschaftskandidaten

Im Vorgriff auf den offiziell allerdings erst am 17. August beginnenden Wahlkampf haben die wichtigsten Kandidaten bereits begonnen sich dem ägyptischen Wähler mit ihren Programmen bzw. politischen Vorstellungen über die Zukunft des Landes dem ägyptischen Wähler vorzustellen.

Dem jetzt immerhin schon 77-jährigen Amtsinhaber *Hosni Mubarak* wurde bereits im Vorfeld der Festsetzung der konkreten Wahlbestimmungen und -termine im Juni im Rahmen eines 6-stündigen (!) Fernsehinterviews die Möglichkeit gegeben ausführlich in den staatlichen Fernsehstationen seine bisherige 24-jährige Amtszeit Revue passieren zu lassen

und viele glauben, dass dies bereits mit Blick auf den späteren Wahlkampf und den zu gewährenden ausgeglichenen Chancen für die Mitbewerber „vorgezogen“ worden ist. In diesem dreiteiligen Fernsehinterview verwies der Amtsinhaber ausführlich auf all seine für das Land erzielten politischen und ökonomischen Erfolge und pries sich indirekt als weiser Friedensfürst, der während seiner gesamten bisherigen Amtszeit außenpolitischen Schaden vom Land abgewendet und deshalb quasi einen natürlichen Anspruch auf eine weitere Amtszeit habe. Die zu diesem frühen Zeitpunkt gezeigte Selbstsicherheit des Kandidaten ob seiner vergangenen Erfolge, die ihn deshalb nur in Allgemeinplätzen reden lies und wenig über seine zukünftigen Pläne offenbarte, machte später einer deutlich programmatischeren Ausrichtung Platz. In den von seiner Partei vorbereiteten späteren kolportierten politischen Wahlprogrammaussagen ging er konkreter auf weitere Reformvorhaben ein, denen er sich verpflichtet fühlte. So kündigte der Amtsinhaber an, dass er im Falle seiner Wiederwahl einige besonders wichtige Vorhaben realisieren wolle, wie etwa die

- Herbeiführung eines ausgewogene(re)n Machtverhältnisses zwischen Exekutive und Legislative, sowie zwischen den beiden exekutiven Instanzen: Präsidialamt und Regierung;
- Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes, welches den Oppositionsparteien mehr Möglichkeiten eröffnen solle, erfolgreich Abgeordnete in die verschiedenen Parlament auf unterschiedlichen Ebene zu entsenden;
- Beendigung des aktuellen - allerdings bereits seit über 20 Jahren herrschenden - Ausnahmezustands bei gleichzeitiger Verabschiedung einer neuen Anti-Terror Gesetzgebung;

Zur Realisierung der beschriebenen Vorhaben schwebt dem Amtsinhaber dabei eine Beschneidung der bisher nahezu all umfassenden Rechte des Präsidenten und eine weitere Dezentralisierung der exekutiven Entscheidungsinstanzen vor, was eine Verfassungsänderung unabdingbar machen würde. Ebenso soll ein neuer Wahlmodus eine umfassendere Beteiligung der ägyptischen Oppositionsparteien an der Gesetzgebung sicherstellen und mit Hilfe eines modernen Anti-Terror-Gesetzes die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes überprüft werden.

All dies lässt es als wahrscheinlich erscheinen, dass der Amtsinhaber plant, nach erfolgreicher Wiederwahl eine umfassende Verfassungsänderung bzw. gar eine ganz neue ägyptische Verfassung erarbeiten zu wollen. Dies haben allerdings einige seiner wichtigsten Gegenkandidaten, wie etwa Ayman Nour, bereits getan und schon vor Wochen einen entsprechenden neuen Verfassungsentwurf erarbeitet und in der abgelaufenen Legislaturperiode schon im ägyptischen Parlament eingebracht. Es muss also vorläufig offen bleiben, ob die Aussagen des Amtsinhabers zur Verfassungsreform nicht doch eher eine Reaktion auf die durchaus populären Vorschläge seines Hauptwidersachers, Ayman Nours darstellen oder wirklich der Intention des Präsidenten entsprechen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als herrsche um den Amtsinhaber herum (Präsidialamt) eine große Unsicherheit, was das mögliche Ergebnis dieses neuartigen Wahlmodus angeht. Die ägyptische Exekutive wirkt ungewohnt nervös und empfindlich, was das unnötig harsche Einschreitungen von ägyptischen Sicherheitskräften gegen „friedliche“ Demonstranten während allerdings nicht genehmigter Demonstrationen in der Kairoer Innenstadt belegen. Das ägyptische Regime lässt, trotz der sie deutlich favorisierenden politischen Rahmen- bzw. Wahlbedingungen die eigentlich angebrachte Souveränität vermissen, was dann doch viele überrascht. Muss man dies vielleicht als ein (untrügliches) Zeichen dafür werten, wie fragil das ägyptische Regime angesichts einer doch nur sehr moderaten politischen Lockerung der politischen Rahmenbedingungen bereits ist. Die von mancher Seite unterstellte, wachsende Unsicherheit des Amtsinhabers ob seiner Wahlchancen

scheinen sich zu bestätigen, wenn Gerüchte sich bewahrheiten sollten, die besagen, dass der Amtsinhaber sogar der ägyptischen Moslembroderschaft die Freilassung vieler ihrer Anhänger versprochen habe soll, wenn diese seine Wiederwahl unterstützen würden.

Der in krassem Gegensatz zum Amtsinhaber erst 41-jährige *Ayman Nour* hat dagegen von Beginn seiner Wahlkampagne an verkündet, er werde im Falle eines Wahlsieges nur für eine 24-monatige Übergangszeit die Präsidentschaft übernehmen, um in dieser Zeit eine neue Verfassung zu verabschieden und auf der Grundlage dieser neuen Verfassungsbestimmungen sodann Neuwahlen anzuberaumen. Er hat sich im Gegensatz zu seinen Mitstreitern sowohl für die volle juristische Überwachung der kommenden Wahlen als auch für die Zulassung ausländischer Wahlbeobachter ausgesprochen. Zudem sollten seiner Meinung nach auch ägyptische NRO's und nicht nur Staatsbedienstete an der Administration und Aufsicht der Wahlen aktiv teilhaben. Für ihn gilt es bei seinem engagierten Wahlkampfeinsatz sicherlich vor allem darum, durch eine beherzte Wahlkampagne die Chancen seiner neuen Partei bei den nach den Präsidentschaftswahlen anstehenden ägyptischen Parlamentswahlen zu erhöhen. Das Medieninteresse allein, das seiner Person momentan entgegengebracht wird, kann seiner Partei zweifellos nützen, im November ein überraschend gutes Wahlergebnis zu erzielen und ihm ermöglichen die ägyptische Exekutive in Zukunft aus dem Parlament heraus zu attackieren.

Sein „liberaler“ Mitkonkurrent: *Noaman Gomaa* von der traditionsreichen Wafd Partei hatte sich erst in letzter Minute einer Entscheidung seines Parteivorstandes gebeugt und seine Kandidatur für das Präsidentenamt bekannt gegeben, nachdem seine Partei sich bis dahin eigentlich vorbehaltlos dem Wahlboykott der Nasseristen und der Tagammu Partei angeschlossen hatte. Als Grund für den plötzlichen Meinungswandel wurde die Entscheidung der Mehrheit des Parteivorstandes angegeben, eine so traditionsreiche Partei wie die Wafd könne sich einer solchen „demokratisierten“ Präsidentschaftswahl einfach nicht entziehen und müsse sich, trotz aller Bedenken in Hinblick auf die konkreten politischen und administrativen Rahmenbedingungen der Wahl, dieser trotzdem stellen, um beim Wähler vor allem aber bei seinen Anhängern glaubwürdig zu bleiben

In seinen bisherigen Wahlkampfaussagen unterstrich Gomaa das liberale wirtschaftspolitische Kredo seiner Partei mit Blick auf die geforderte Reduzierung des Haushaltsdefizits, der Zurückdrängung der Rolle des Staates in der Wirtschaft und der Verbesserung der Investitionsbedingungen im Land. Er sprach sich, wie nahezu alle anderen Präsidentschaftskandidaten, auch gegen eine weitere Aufrechterhaltung des herrschenden Ausnahmezustandes aus und forderte außerdem eine strengere Evaluierung ausländischer Entwicklungshilfeangebote.

Die anderen Präsidentschaftskandidaten fielen bisher eher durch recht absonderliche Vorschläge auf, wie etwa *Ahmed El Sabahi*, der mit seiner Umma Partei islamischen Regeln mehr Bedeutung im Alltag zuweisen vor allem aber das Tragen des traditionellen Fez wieder zur Pflicht machen will. Er schlug zudem vor, die Parlamentssitze proportional auf die Anzahl der legalisierten Parteien zu verteilen. Nahezu alle Kandidaten wollen eine Amtszeitbegrenzung für den Präsidenten einführen und natürlich vor allem die herrschende Arbeitslosigkeit bekämpfen und bieten dafür abenteuerliche Konzepte an. Gleiches gilt für die Beherrschung der Inflation durch die Verordnung eines Preisstopps und die umgehende Einführung einer gemeinsamen arabischen Währung und dergleichen.

Alles in allem scheint der Ausgang der kommenden Präsidentschaftswahlen bereits vorgezeichnet, was man von den danach anstehenden Parlamentswahlen dagegen nicht behaupten kann. Diese werden sicher zum wirklichen Lakmустest des ägyptischen Regimes bzw. der regierenden NDP werden.

Ägypten setzt Wirtschaftsreformen fort

Es ist nicht mehr solange hin und die ägyptische Regierung unter Dr. Ahmad Nacif wird ein Jahr im Amt sein. Sie war angetreten die Wirtschaftspolitik zu modernisieren und das Land mit Hilfe in der Privatwirtschaft bereits erfolgreicher ehemaliger Manager endlich wieder auf einen so notwendigen nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen. Vorrangige Zielsetzung der Regierung war es neben der Reform des Öffentlichen Sektors (incl. Bankensektors) eine durchgreifende Zoll- und Steuerreform auf den Weg zu bringen.

Am 1. Juli tritt nun nach Realisierung der jüngsten Zollsenkungen das neue ägyptische Steuergesetz in Kraft. Ziel dieser Reform ist neben einer deutlichen Vereinfachung des Steuerrechts vor allem eine Senkung der Steuersätze. Man will Gewinne von Wirtschaftsbetrieben sowie private Einkommen steuerlich deutlich entlasten, um eine weitergehende Kapitalakkumulation zu ermöglichen und die Sparquote der privaten Haushalte zu erhöhen. Darüber hinaus sollen umfassende Anreize für ausländische aber auch inländische Investitionen geschaffen werden, damit die momentan wieder deutlicher wachsende ägyptische Wirtschaft noch mehr an Fahrt gewinnt.

Um diese Steuertarifsenkungen zu finanzieren, ohne dass die erwarteten Steuerausfälle das Budget über Gebühr belasten, wurden viele Ausnahmeregelungen, die bisher vor allem Angestellten im öffentlichen Dienst zu Gute kamen, abgeschafft. Trotzdem drohen nach Schätzungen des ägyptischen Finanzministeriums die Steuereinnahmen jetzt erstmals von jetzt 3,3 Mrd. LE auf 1,6 Mrd. LE zu sinken.

Ein weiterer wichtiger Punkt des neuen Steuergesetzes ist die mit der jetzigen Reform verknüpfte Hoffnung, dass es gelingen möge die epidemische Ausmaße erreichende Steuerhinterziehung im Land nicht nur durch verstärkte Kontrollen und schärfere Strafen sondern auch durch dieses Angebot niedrigerer Steuersätze zurückzudrängen. Neuesten Zahlen der ägyptischen Steuerbehörde zufolge führen von 46 Millionen Erwerbstätigen Ägyptern gerade einmal 6 Millionen Einkommenssteuern ab. In Anerkennung der Hypothese, nach der ab einem Steuersatz von 25% die Steuerhinterziehung überproportional steigt, erwartet der ägyptische Finanzminister Boutros Ghali, dass mit der Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von nur 20% zusammen mit einer Vereinfachung der Steuererklärung das Vertrauen der Bürger in die Steuerbehörde gestärkt werden kann und damit eine Verbesserung der Zahlungsmoral zu erreichen ist. Daneben sollen die niedrigen Steuersätze in Verbindung mit großzügigeren Regelungen bzgl. der Möglichkeit günstige Vereinbarungen über noch zu zahlende Steuern zu schließen auch ein Anreiz für einen größeren Teil des informellen Sektors sein, sich aus der Steuerillegalität zu verabschieden und jetzt endlich Steuern abzuführen.

Ägyptische Reformanstrengungen

Die jetzt beschlossenen Änderungen im Steuerrecht sind Teil eines umfassenden wirtschaftlichen Reformprogramms der Regierung Nazif. Bereits mit ihrem Amtsantritt im Juli 2004 wurden ökonomische Reformen Kernbestandteil der politischen Agenda. Erst vor wenigen Monaten wurden die zum Teil mehr als 40 Jahre alten Zollbestimmungen des Landes geändert und in Übereinstimmung mit den von Ägypten eingegangenen WTO-Bestimmungen gebracht. Die bisher 27 verschiedenen Kategorien zu verzollender Importgüter wurden dabei in 6 Gruppen zusammengefasst wobei die Zollsätze im Durchschnitt um 9% gesenkt wurden; insgesamt belaufen sich die Zollsenkungen nach Schätzungen verschiedener Ministerien auf eine Summe ca. 3 Mrd. LE jährlich. Nach zahlreichen Treffen mit Vertretern der Wirtschaft sagte der für Investitionen zuständige Minister Mohie Eddin, dass insbesondere die Zollabgaben auf Investitionsgüter ein Hindernis für eine effizientere und stärker am Export orientierte Wirtschaft gewesen seien. Demnach seien nach diesen Tarifsenkungen das größte Hindernis für die Steigerung der ausländischen Investitionen der ägyptischen Volkswirtschaft

ausgeräumt. Die Hoffnungen der Verantwortlichen richten sich jetzt auf die Verbesserung der Absatzchancen ägyptischer Produkte in ausländischen Märkten.

Diese werden seit neuestem nicht nur durch das bereits bestehende europäisch-ägyptische Handelsabkommen im Rahmen des Barcelona-Prozesses sondern auch noch durch das im Februar in Kraft gesetzte trilaterale Freihandelsabkommen zwischen Ägypten, den USA und Israel gefördert. In diesem Abkommen werden ägyptischen Textilprodukten Zollvorteile gewährt, wenn diese einen bestimmten prozentualen Input aus Israel nachweisen können. Dies soll einerseits die wirtschaftliche Einbindung Israels, aus dem ein bestimmter Prozentsatz der verarbeiteten Rohstoffe importiert werden muss, fördern, andererseits erhofft man sich zusätzliche Direktinvestitionen in die ägyptische Textilindustrie und eine Zunahme des Handelsvolumens mit den USA auf Werte über 2 Mrd. US \$ allein mit Textilprodukten.

All diese Reformanstrengungen sind für Ägypten von herausragender Bedeutung, da das Land trotz seiner günstigen geographischen Lage und einem großen, potentiell attraktiven Binnenmarkt erheblich an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. So wurden von ausländischen Unternehmen im Jahre 2003 nach Angaben des „World Economic Forum“ nur 237 Millionen US \$ in Ägypten investiert, was das Land neben Marokko, Tunesien und Algerien selbst hinter den Sudan (1 Mrd. US \$ ausländischer Direktinvestitionen) zurückfallen ließ. Durch diese extrem niedrige Bereitschaft, in Ägypten zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen, wird das Problem der Arbeitslosigkeit immer drückender. Die offiziell bei 18% liegende Arbeitslosenquote dürfte Expertenschätzungen zu Folge eher bei 25% und mehr liegen, zumal die ägyptische Wirtschaft wenig Interesse zeigt, die extrem hohe Anzahl junger Schulabsolventen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Jedes Jahr wären ca. 700 000 neue Arbeitsplätze erforderlich, allein um diese in den Arbeitsmarkt drängenden neuen Schulabgänger zu beschäftigen. Die Unzufriedenheit über die ökonomische Lage und den drohenden sozialen Abstieg belastet das soziale Klima in Ägypten gerade in dem Jahr, in dem sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen anstehen, weshalb sich die Regierung bemüht zeigt diesen negativen Trends gegenzusteuern.

Inflationsausgleich für den öffentlichen Dienst

In Zuge dieser von manchen als eher populistisch bezeichneten Sozialpolitik wurden die Gehälter für sämtliche Angestellte im öffentlichen Dienst mit Beginn diesen Monats per Dekret des Präsidenten Mubarak um 20% (statt bisher 10%) oder mindestens 30 LE angehoben. Für mehr als fünf Millionen Staatsbedienstete sollen so die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln ausgeglichen und damit der in jüngster Zeit deutlich gesunkene Lebensstandard der öffentlich Bediensteten wieder auf ein zufrieden stellendes Niveau angehoben werden. Die von beständig hohen Inflationsraten gebeutelten Angestellten des öffentlichen Dienstes begrüßten diese Einkommenserhöhung, die höchste seit der Einführung von jährlichen Gehaltsanpassungen im Jahr 1986. Viele hatten über Monate hinweg die prekäre Situation beklagt, in der sich immer mehr ägyptische Staatsdiener seit der Einführung des Systems freier Wechselkurse im Jahre 2003 befanden und ihnen oft kaum erlaubte, den Lebensunterhalt für ihre Familien aufzubringen.

Die zusätzlichen Kosten dieser Gehaltserhöhung im Öffentlichen Dienst werden auf ungefähr 3 Mrd. LE geschätzt, wobei Vorschläge des Ministeriums für Verwaltungsreformen, die Wochenarbeitszeit der Staatsbediensteten drastisch zu senken und eine „3-Tage Woche“ (ohne Lohnausgleich) einzuführen als möglicher Kostenausgleich in die Diskussion gebracht worden sind. Bei 60% Gehalt sollen die betroffenen Angestellten nur drei Tage pro Woche arbeiten und so neben Gehaltseinsparungen die völlig überbesetzten Ministerien auch „räumlich“ entlasten. Der zuständige Minister, Ahmed Darwish, betonte aber, dass es bei diesem freiwilligen Programm nicht darum gehe, Staatsbedienstete „loszuwerden“, sondern versicherte, dass lediglich die Situation der Angestellten sowohl während als auch außerhalb

der Arbeitszeit durch mehr Flexibilisierung der Arbeitszeit verbessert werden solle, alle Pensionsansprüche und sonstigen Rechte blieben den Arbeitnehmern schließlich erhalten. Viele begrüßen dieses Arbeitgeberangebot in der Hoffnung die zusätzlich gewonnene Zeit für weitere Jobs zu nutzen und damit die finanzielle Situation ihrer Familien zu verbessern.

Weitere Belastungen für den Staatshaushalt

Dennoch sind all diese Reformmaßnahmen der ägyptischen Regierung zumindest kurzfristig eine schwere Belastung für den ohnehin angespannten Staatshaushalt. Bei der Vorstellung des Haushaltes für 2005/2006 Ende Juni entwickelte sich folglich auch eine rege Debatte in der Öffentlichkeit über die finanzpolitische Lage des Staates. Auch wenn Abdel Fattah El-Gibali, der Berater des Finanzministers, den Budgetentwurf auf einer Konferenz der KAS ausdrücklich lobte und als finanzpolitischen Ausweis der Reformbestrebungen der Regierung charakterisierte, gab es auch zahlreiche kritische Stimmen. Zwar wurde der Haushaltsplan diesmal in Form der Standards des Weltwährungsfonds zusammengestellt und erfüllt damit erstmals einige der im Weltmaßstab üblichen Anforderungen an Transparenz und Vollständigkeit, die verschiedenen Angaben zu einzelnen Ausgabenposten zeigen aber nach wie vor vorhandenen Unklarheiten und Ungereimtheiten des Budgets. So wird in der Öffentlichkeit wohlweislich verschwiegen, dass selbst dem Parlament ein großer Teil des Haushalts vorenthalten wird. So steht den Parlamentariern nur eine 27-seitige Kurzfassung des insgesamt 850 Seiten umfassenden Haushalts zur parlamentarischen Erörterung zur Verfügung. Einzelne kritische Parlamentarier behaupten, dass bis zu 40% des Budgets für die staatlichen Sicherheitsorgane ausgegeben werden und nahezu die Hälfte der Deviseneinnahmen aus Ölexporten und Suezkanalgebühren nicht den Weg in die Staatskasse finden.

Die Zeitung der Oppositionspartei „Al-Wafd“ bezeichnete den vorgelegten Haushaltsplan zudem als in sich widersprüchlich. Die vorgelegten offiziellen Zahlen weisen einen Budgetumfang von 187 Mrd. LE bei staatlichen Einnahmen von 130 Mrd. LE aus, womit sich das Haushaltsdefizit auf ca. 57 Mrd. LE und damit 9, 4%, manchen Quellen zu Folge gar auf über 10% des BIP beläuft. Verschiedene Abgeordnete machten zurecht auf die ständig wachsende Neuverschuldung aufmerksam, die 2002/2003 noch moderate 20 Mrd. LE jetzt aber nahezu den dreifachen Wert erreicht hatte. Dieses beunruhigend hohe Defizit wird in seiner Problematik durch die Ausgabenstruktur des Haushaltes noch verstärkt. Die mit Abstand größten Ausgabenblöcke sind Personalausgaben und Subventionen, die mehr als 45 Mrd. LE bzw. 50 Mrd. LE ausmachen; investive Ausgaben betragen gerade mal 17,4 Mrd. LE. Bei einem aktuellen Schuldenberg von über 400 Mrd. LE stellt der Schuldendienst mit seinen jährlichen Kosten in Höhe von 42 Mrd. LE inzwischen den drittgrößten Haushaltsposten. Dabei sind es insbesondere die Subventionen für Grundnahrungsmittel wie Brot, Reis, Speiseöl, Zucker, Butter und Tee (insgesamt ca. 27 Mrd. LE) sowie für Ölprodukte und Gas (ca. 26 Mrd. LE), die aus politischen Gründen gerade in diesem Jahr nicht reduziert werden können, ohne den sozialen Frieden einer ohnehin armen Bevölkerung weiter zu gefährden.

Mit der Entlassung der Abgeordneten in die anstehende Sommerpause und dem nahenden Ende der Legislaturperiode wird dieser Haushalt wohl nicht mehr die Aufmerksamkeit erlangen, die er eigentlich verdient. Zu sehr werden sich die Abgeordneten aber auch die gesamte ägyptische Öffentlichkeit mit der anstehenden Präsidentschafts- und der Parlamentswahl befassen, als dass haushaltspolitische Fragen noch von Bedeutung sein werden. Die wichtigsten anstehenden wirtschaftlichen Reformen, wie etwa die der Sanierung der Öffentlichen Unternehmen und die Reduktion der staatlichen Subventionen wurden ohnehin auf die Zeit nach den Wahlen verschoben. Verschieben ist aber, vor allem unter den gegebenen weltwirtschaftlichen Umständen nicht aufgehoben, was spätestens im kommenden Jahr noch zu einem „bösen Erwachen“ der Wähler führen kann.

Misstände in Bildung und Forschung in Ägypten

Im September beginnt in Ägypten offiziell das neue akademische Jahr. Aber bereits Wochen vor dem offiziellen Beginn werden viele Schüler und Studenten wieder hinter die Schulbänke zurückkehren und sich in privaten Bildungseinrichtungen auf die anstehenden Aufgaben vorbereiten. Hunderte dieser privaten Institute sind in Ägypten in den letzten Jahren eröffnet worden und decken die Nachfrage auf einem ständig wachsenden Markt ab. Einschätzungen von Experten zufolge werden mit privaten Nachhilfestunden und Vorbereitungskursen auf Prüfungen inzwischen 16 Mrd. ägyptische Pfund umgesetzt, meist aufgebracht von besorgten Eltern in der Hoffnung, ihre Kinder besser auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, als es die staatlichen Bildungseinrichtungen können bzw. tun.

Diese Nachricht ist umso erstaunlicher, als Privatunterricht in Ägypten eigentlich gesetzlich verboten ist. Nach Angaben der halbstaatlichen Zeitung Al-Ahram, arbeiten mehr als 90% der besagten Bildungseinrichtungen ohne Lizenz in dem einträglichen Markt, allen Versuchen des Bildungsministeriums zum Trotz, einen erfolgreichen „Kampf gegen die Privatstunden-Mafiosi“ zu führen.

Angeboten werden diese Stunden meist von Lehrern staatlicher Schulen, die auf diese Weise ihr mageres Gehalt aufbessern, gleichzeitig aber eine weitere gravierende Verschlechterung der Qualität des staatlichen Bildungssystems in Kauf nehmen. Während der anstehenden Hochsaison des Privatunterrichts melden sich zahlreiche Lehrer krank und gehen anstatt ihren eigentlichen Arbeitsplatz aufzusuchen und dort ihren Lehrauftrag wahrzunehmen lieber der lukrativen Nebentätigkeit nach und erteilen Privatunterricht. Auch von Absprachen mit Schulleitern wird berichtet, nach denen der Direktor gegen einen gewissen Anteil am zusätzlichen Verdienst ein Auge zudrückt und es auf diese Weise so manchem Lehrer ermöglicht aus der Schule zur Privatstunde zu verschwinden. Die Verlockung sei außerordentlich groß, da von Verdienstmöglichkeiten von bis zu 10.000 Pfund gesprochen wird, was das reguläre Einkommen der Lehrkräfte wie ein Taschengeld erscheinen lässt.

In einer ähnlich schlechten finanziellen Situation befinden sich Professoren der staatlichen ägyptischen Hochschulen. Lange Zeit Teil der gut bezahlten Oberschicht, mit Gehältern weit über denen anderer Staatsbediensteter, befinden sie sich heute häufig wie viele andere auch in der misslichen Lage, einen ihnen angemessen erscheinenden Lebensunterhalt nur mit Hilfe mehreren Jobs bestreiten zu können. Zwar können einige Professoren für Medizin oder in technischen Disziplinen über Privatkliniken oder einträgliche Beraterverträge kleine Vermögen anhäufen, für die Mehrzahl der Akademiker steht dieser Weg jedoch mangels Nachfrage nach ihren Qualifikationen nicht offen.

Bis vor einiger Zeit besserten die Professoren ihre Gehälter durch den Verkauf kompilierten Lehrmaterials auf. Bei der großen Zahl von Studenten, die ein Professor in Ägypten üblicherweise betreut, war dies lange ein verlässlicher Teil des Einkommens dieser Berufsgruppe. Nach eigenen Aussagen sei die Einnahmen daraus aber auf Grund gestiegener Druckkosten auf wenige Pfund zusammengeschrumpft und könne nicht weiter als informelle Lösung ihrer finanziellen Probleme angesehen werden. Außerdem sind viele Studenten dazu übergegangen, nur noch einzelne Exemplare dieser Materialien zu kaufen, sie anschließend selbst zu kopieren und so einige Pfund zu sparen. Damit ist auch diese Einnahmequelle der Universitätsprofessoren fast gänzlich versiegt und viele sehen sich, wie die Lehrer staatlicher Schulen auch, gezwungen durch die auch von der Universitätsleitung verbotenen Privatstunden ihren Lebensunterhalt aufzubessern.

Das Bestreben vieler Lehrkräfte ihr Einkommen durch die Erteilung von Privatstunden aufzubessern, führt mittlerweile leider zu besonders fragwürdigen Auswüchsen. Zahlreiche Schüler und Studenten klagen nämlich vermehrt darüber, dass ihre Lehrer, Dozenten und Professoren sie drängen, Privatstunden zu nehmen. Diese Form des „Kundenfangs“ wird durch ebenso simple wie unlautere Sanktionsmöglichkeiten, die den Lehrkräften zur

Verfügung stehen, befördert. Üblicherweise wird in diesen Fällen damit gedroht, den betreffenden Schüler oder Studenten in der nächsten wichtigen Klausur durchfallen zu lassen, sollte er nicht bereit sein, die „angebotenen“ Stunden zu nehmen, andererseits werden gute Noten versprochen, akzeptieren die Betroffenen die Offerten für Nachhilfeunterricht. Daher sehen sich viele Lernende gezwungen, sich auf das Spiel einzulassen und auf diese Weise den angestrebten guten Abschluss zu erlangen.

Darüber hinaus hat das ägyptische Bildungssystem mit überholten und ineffizienten didaktischen Methoden und Lerninhalten zu kämpfen. Bei einer Konferenz zu Fragen moderner Bildung beklagten zahlreiche Schüler, dass die Lehrpläne meist nur Inhalte vorsehen, die keinerlei Bezug zum alltäglichen Leben hätten und seit den 70er-Jahren nicht mehr an die sich veränderten Umstände angepasst worden seien. Auch die Fähigkeit zu eigenständigem Lernen und Denken werde ihnen von oftmals inkompetenten und unmotivierten Lehrern nur unzureichend vermittelt.

Schwerer Stand für die Wissenschaft

Die Konsequenzen dieser Missstände in weiterführenden Schulen, in Hochschulbildung und folglich auch in der wissenschaftlichen Forschung wurden auf einer Konferenz unter Schirmherrschaft des Präsidenten Hosni Mubarak am 28. Mai 2005 diskutiert. Veranstaltungsziel war die Formulierung einer „nationalen Strategie für wissenschaftliche Forschung“, die den genannten Problemen und den schwachen Resultaten der ägyptischen Forschungseinrichtungen entgegen wirken und eine „wissenschaftliche Revolution“ auslösen soll, um zu anderen Staaten aufzuschließen, die den Schritt in eine Wissensgesellschaft bereits vollzogen haben. Eine Kommission, die die Umsetzung der Konferenzbeschlüsse vorantreiben soll, wurde eingesetzt und wird ihre Arbeit demnächst aufnehmen.

Dabei sind die Hindernisse, denen sich ägyptische Wissenschaftler gegenüber sehen, mannigfaltig und meist vom Staat zumindest mitverschuldet. Selbst Kleinigkeiten wie die Bereitstellung eines Büros oder eines Aktenschrankes müssen von den Wissenschaftlern oft mit großem Aufwand selbst verfolgt werden und schränken die Zeit, die sie ihren Forschungsprojekten widmen können durch ineffiziente Verwaltungsprozesse erheblich ein.

Schwerwiegendere Auswirkungen zeitigt allerdings die chronische Unterfinanzierung sämtlicher Forschungseinrichtungen und einzelner Forschungsprojekte. Die zur Verfügung gestellten Budgets reichten bei Weitem nicht aus, um Projekte vor allem in angewandten Naturwissenschaften sinnvoll betreiben zu können, so Mohammed Taher Hashem, Professor für Maschinenbau an der Universität Alexandria. Der Staat beschäftigt 122 000 Wissenschaftler in verschiedenen Universitäten und Forschungsinstituten, sei gleichzeitig aber kaum in der Lage die laufenden Kosten der Forschungsprojekte zu decken. Anteilig liegen die Ausgaben, die Ägypten für Forschung und Entwicklung aufwendet, unter 0,5% des Bruttoinlandsprodukts, so die jüngsten Statistiken der UNESCO und damit weit unter denen entwickelter Volkswirtschaften.

Hashems Kollege am „National Research Institute“ (NRI), Ahmed Abdel Rahman, beklagte den mangelnden Willen, Forschung in Kooperation zu betreiben und so umfassendere und aussagekräftigere Arbeitsergebnisse zu erzielen. „Das Konzept des ‘teamwork’ ist in Ägypten nicht vorhanden [...]. Forschung dient der Beförderung und nicht der problemorientierten Lösung von Produktionsproblemen.“

Zu den entscheidenden Faktoren für das schlechte Abschneiden Ägyptens in der Forschung und Entwicklung neuer Produkte gehören aber wohl auch die Einschränkungen, die den Forschungseinrichtungen seitens einer autokratischen Administration auferlegt werden.

Am 9. März 2004 organisierte eine Gruppe von Professoren der Kairo Universität eine erste Protestveranstaltung gegen die ihrer Ansicht nach unzureichenden „Freiheit der Forschung“ an den staatlichen Universitäten. Der Geschichtspräsident Raouf Abbas beklagte in seinem damaligen Appell, dass die Universitäten in Ägypten zu einer Regierungsbehörde geworden

seien und daher zwar 150 000 Absolventen hervorbrächten, die dann aber auf Grund der vielfältigen Einschränkungen gar keine richtige Forschung betreiben würden. Zur Illustrierung führte er an, dass im jährlichen Durchschnitt lediglich einer von insgesamt 215 Promovierten überhaupt noch wissenschaftliche Studien veröffentlichen.

Sein Kollege, der Gynäkologieprofessor Mohammed Abul-Ghar, nannte als Gründe für diesen beklagenswerten Zustand neben Missmanagement, Korruption bei der Vergabe von Forschungsgeldern und Vetternwirtschaft bei der Besetzung wichtiger Führungspositionen auch eine zunehmende Zentralisierung und einengende Kontrolle durch die Regierung ebenso wie Eingriffe des Staates in die Freiheit wissenschaftlicher Forschung.

Mustapha Kamel El-Sayed, damaliger Leiter des „Center for the Study of Developing Countries“ an der Kairo Universität, sagte anlässlich der damaligen Protestveranstaltung, dass insbesondere die enge Verbindung vieler Professoren in universitären Führungspositionen zur Regierungspartei NDP die Möglichkeiten zu unabhängiger wissenschaftlicher Arbeit stark beeinträchtigte. Auch Forschungseinrichtungen wie das „Criminological and Sociological Research Center“ (CSRC) bedauern das Desinteresse der Regierung an unabhängigen Forschungsarbeiten und berichten gar von klaren Einmischungen staatlicher Behörden in einzelne Forschungsprojekte. Dr. Ezzat Hegazi, Wissenschaftler am CSRC, berichtete in der „Egyptian Gazette“, dass er vom ägyptischen Verteidigungsministerium an der Durchführung einer Studie über die langfristigen Auswirkungen des Oktoberkrieges von 1973 auf die beteiligten Soldaten gehindert worden sei. „Manche Leute wollen, dass die Tatsachen im Dunkeln bleiben“, kommentierte er diesen Vorgang und erläuterte die informelle Grenze, die ein Wissenschaftler im Bereich der Sozialwissenschaften mit seinem Forschungsvorhaben nicht überschreiten dürfe, wolle er nicht in Konflikte mit den staatlichen Behörden geraten.

Darüber hinaus seien viele der Studien, die von CSRC und ähnlichen staatlichen Einrichtungen wie dem National Research Institute“ (NRI) durchgeführt werden, wertlos, da sie von bestimmten Interessensgruppen nur unter spezifischen moralischen Gesichtspunkten unterstützt werden. Diese vorausgesetzten moralischen Vorstellungen müssen in den Ergebnissen der Forschungsarbeiten ihre Bestätigung finden und ließen somit keine unabhängige Forschung zu, so der ehemalige Leiter des CSRC, Dr. Nahid Saleh.

In jüngster Zeit hat die Veröffentlichung einer Studie von „Human Rights Watch“ unter dem Titel: „Reading between the Red Lines - The Repression of Academic Freedom in Egyptian Universities“ für zusätzliche Aufregung gesorgt. In dieser Studie werden nahezu alle bisher von einzelnen Akademikern vorgebrachten Kritikpunkte aufgegriffen und bestätigt. Der Vertreter von Human Rights Watch kommt in dieser Studie zu dem abschließenden Ergebnis, dass „... there exists a host of government restrictions on classroom discussions, research projects, student activities, campus demonstrations and university governance...Course books are censored, research about controversial issues is banned and student activists are subject to constant intimidation from the authorities...Persistent violation of academic freedom has badly undermined Egypt's standing as the educational leader of the Arab World...“

Die pessimistisch stimmenden Konsequenzen fehlender Freiheit der Wissenschaft beschrieb zuvor bereits der entsprechende „Arab Human Development Report“ des United Nations Development Programme, indem er darauf verwies, dass „undemokratische politische Systeme, die Freiheiten unterdrücken und somit schließlich den Verlust der Fähigkeiten der Menschen zur Kreativität hervorrufen, Innovationen und der Bildung von Wissen ein schlechtes Umfeld bieten.“ Und weiter: „Ohne ein freiheitliches Umfeld, das Kreativität und Innovation fördert, bleibt die arabische Wissensgesellschaft ein trügerischer Traum.“

Versuch einer selbstkritischen Bestandsaufnahme*

-Tarek Heggy's kritischer Blick auf „kulturelle Unzulänglichkeiten“ in der Arabischen Welt-

Ich habe im Laufe der vergangenen zehn Jahre viele Bücher und Artikel über die Mängel im Arabischen Denken geschrieben – kulturelle Unzulänglichkeiten, die dreierlei Ursachen haben. Erstens das repressive Klima, das sich durch alle arabische Gesellschaften zieht; zweitens das rückständige Erziehungssystem, das weit hinter modernen Erziehungs- und Bildungssystemen zurücksteht; und drittens der Apparat der Massenmedien, der ausgerechnet von jenen gesteuert wird, die für ein Klima der politischen Unterdrückung, das ihren Interessen dient, sorgen. Die offensichtlichsten Schwächen, unter denen das Arabische Bewusstsein leidet, sind folgende:

- Ein Mangel an intellektueller Offenheit.
- Eine Kultur, die Konformität fördert und der Vielfalt entgegentritt.
- Eingeschränkte Toleranz für den „Anderen“ bzw. das „Andersartige“.
- Eingeschränkte Toleranz gegenüber Kritik und das faktische Nichtvorhandensein von Selbstkritik.
- Die Einnahme von Standpunkten, die nicht auf Kohärenz, Gültigkeit und inhärentem Wert, sondern auf Stammes- und Religionszugehörigkeit basieren.
- Tiefverwurzelte Gefühle der Ungleichheit in Bezug auf persönliche und nationale Errungenschaften und Erfolge begründen ein Gefühl der Unzulänglichkeit in den Menschen, das sich in einem übertriebenen, gegenstandslosen Stolz manifestiert.
- Eine Tendenz dazu, im maßlosen Eigenlob zu schwelgen und vergangene Errungenschaften zu glorifizieren um der bedrückenden Realität zu entfliehen.
- Die Verbreitung dessen, was ich als „Kultur der großen Worte“ bezeichne: eine Kultur, in der hochtrabende Rhetorik eingesetzt wird um den Mangel an tatsächlichen Erfolgen zu kompensieren.
- Fehlende Objektivität und fehlender Individualismus.
- Eine ungesunde Nostalgie als Flucht in die Vergangenheit.
- Eine Aversion gegen jede Art von Kompromiss, der immer als Niederlage bzw. Schwäche empfunden wird.
- Mangelnder Respekt Frauen gegenüber.
- Die Tendenz dazu, Klischees, ohne sie zu hinterfragen, zu akzeptieren und für bare Münze zu nehmen.
- Eine Leidenschaft für Verschwörungstheorien und der Glaube, dass Araber allgemein stets die Opfer ruchloser Komplote seitens ihrer Feinde sind.

- Eine mangelhaft verstandene nationale Identität: ist man Arabisch, Muslimisch, Asiatisch, Afrikanisch oder Mediterran?
- Das verbreitete Phänomen des Persönlichkeits-Kultes in Arabischen Gesellschaften, in denen die Beziehung zum Herrscher nicht auf gegenseitigem Respekt und Verantwortlichkeit, sondern auf ausschweifender Beweihräucherung, wenn nicht sogar regelrechter Vergötterung, beruht.
- Die allgemeine Geltung einer abgeschotteten, inselartigen Kultur, die so gut wie nichts über die Außenwelt und das wirkliche Mächtigkeitsgewicht, von dem sie regiert wird, weiß – ganz abgesehen vom Stand der Wissenschaft und Kultur anderer.
- Mangelnde Wertschätzung des Bandes, das die gesamte Menschheit vereint – ihre Menschlichkeit. Für die meisten Menschen in der Region ist das einzige wichtige Band das des Stammes, der Konfession oder der nationalistischen Zugehörigkeit, obwohl die Menschlichkeit der wohl erhabenste gemeinsame Nenner ist.
- Die Verbreitung einer Mentalität des Fanatismus aufgrund zahlreicher Faktoren. Der wichtigste Faktor dabei, jedoch, ist die Stammeszugehörigkeit, die das Arabische Verständnis in verschiedenen Abstufungen dominiert.
- Und schließlich ist der Arabische Verstand nicht übermäßig mit dem Gedanken an Freiheit beschäftigt, aus dem einfachen Grund, dass die Araber bisher nur beschränkte Gaben an politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten genossen haben.

Die Liste der Mängel ist keineswegs vollständig. Ich zweifle nicht im geringsten, dass ein Nahost-Experte viel hinzuzufügen hat. Jedoch sind all diese Defekte selbst erworben und sind somit reversibel und offen für Reformen. Hinzu kommt, dass sie – wenn auch in einem anderen Grad – in anderen Gesellschaften zu finden sind. Wie ich bereits erwähnte, stammen sie aus dem vorherrschenden Klima des politischen Despotismus und der veralteten Bildungs- und Informationssysteme, die geschaffen und betrieben wurden, um den Interessen der Machtstruktur zu dienen, die entschlossen ist ihren eisernen Griff nicht zu lockern.

Diese Unzulänglichkeiten werden weiterhin anwachsen, wenn nicht radikale Veränderungen in allen drei Gebieten stattfinden. Das politische System muss überholt werden, mit Hinsicht auf die Versorgung der Menschen mit mehr Freiheiten, und auf das Recht, den Bürgern ein größeres Sagen in ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Selbstbestimmung zu geben. Das derzeitige Bildungswesen muss von Grund auf umgestaltet werden; seine Philosophie, Lehrpläne und Methodik müssen mit den heutigen Anforderungen in Einklang gebracht werden. Und zu guter Letzt, müssen die Medien der Kontrolle der Regierung entzogen werden. Es muss ihnen das Recht zugesprochen werden, in vollkommener politischer und wirtschaftlicher Freiheit zu agieren - als glaubwürdiges Forum vielfältiger Kulturen, Ideen und Informationen.

* Eigene Übersetzung des Artikels von Tarek Heggy: „The Arab Mind - What is it that holds us back” in The Daily Star v. 04. 06. 2005 (www.t-heggy-site-contents.org)